Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 9.—, Halbjährig Mk. 18.—, Ganzj. Mk. 36.—, Einzelnummer Mk 1 / Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile Mk. 1.— Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A | Nr. 49 / 9. Dezember 1921 | 8. Jahrgang

1921	Wochenkalender	5682	
	Dezember	Kislew	Bemerkung
Sonntag	11	10	
Montag	12	11	
Dienstag	13	12	
Mittwoch	14	13	
Donnerstag	15	14	
Freitag	16	15	
Samstag	17	16	וישלח





Das Jüdische Echo

Nummer 49 | 9. Dezember 1921 | 8. Jahrgang

An unsere Leser!

Durch die stetig steigenden Herstellungskosten sehen nunmehr auch wir uns gezwungen, dem Vorgehen aller anderen Zeitschriften zu folgen und den Abonnementpreis für „Das Jüdische Echo" zu erhöhen. Er beträgt ab 1. Januar 1922

Mk. 36.— für das Jahr
Mk. 9.— für das Vierteljahr

Verlag und Redaktion
des „Jüdischen Echo"
München, Herzog Maxstraße 4

Nach der Hauptversammlung des Zentralvereins

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens versteht sich auf Propaganda; das müssen auch seine Gegner zugeben. Seine Hauptversammlung Ende November in Berlin war überraschend gut beschickt; zweifellos hat ihm der wachsende Antisemitismus neue Anhänger zugeführt, obwohl der geringe Erfolg seiner Abwehrtätigkeit nicht gerade zum Beitritt ermutigen sollte. Jedenfalls ist der Zentralverein noch immer die numerisch stärkste Gruppe im deutschen Judentum.

Ebenso zweifellos aber ist es — die Hauptversammlung zeigte es überdeutlich — auch diejenige Gruppe, deren innerer Zusammenhang, deren lebendige Kraft am schwächsten ist. Nichts von dem hinreißenden Schwung der zionistischen Bewegung, nichts von der zähen Kraft der Agudas Jisroel! Es fehlt das große einigende Ziel, die gemeinschaftsbildende Macht eines alle verbindenden Ideale, eines positiven Programms, das nun schon seit langem auf jeder Hauptversammlung verlangt wird und nie zustande kommt. Alle Reden und Proklamationen helfen eben nicht darüber hinweg, daß weder Deutschtum noch Judentum im Zentralvereinssinn so tragfähige Säulen sind, daß sich eine große jüdische Partei auf ihnen aufbauen könnte und wenn von Geh. Justizrat Dr. Eugen Fuchs und anderen eine „positive Judentumspolitik" verlangt wurde, so zeigt das, wie sehr klare Köpfe und gute Juden eine Interpretation dieser Begriffe durch gedankliche und reale Arbeit für nötig halten, um den Zentralverein zu einem eigentlich jüdischen Faktor zu machen.

Wie aber sollte das möglich sein, da er in seinen Reihen Menschen und Gruppen aller jüdischen Richtungen vereinigt, von nationaldeutschen Juden bis zu Zionsfreunden und Orthodoxen. Wie will man zu einer einheitlichen jüdischen Auffassung gelangen, wenn die ältere Generation mit ihrer Taktik übertriebener Vorsicht, zaghaftester Zurückhaltung, mit ihrem undemokratischen Notabelnsystem, ihrer sehr unjüdischen Einstellung sich schon kaum mit einer jüngeren Generation einigen kann, die bei aller ideellen Übereinstimmung doch in jeder praktischen Frage anders vorgehen würde als die augenblicklichen Machthaber!

Nicht ohne Grund bringt das „Hamburger Jsraelitische Familienblatt" in einem offenbar inspirierten Aufsatze von fast lyrischer Begeisterung folgende etwas gar zu offenkundige Würdigung der geschickten Regie, die sich im Verlaufe der Hauptversammlung sehr deutlich geltend machte:

„Während bei früheren Tagungen öfter eine gewisse Konfliktstimmung, die Vorahnung des unvermeidlichen Aufeinanderplatzens scharfer Gegensätze über grundlegende Fragen auf den Teilnehmern lastete, hatte man diesmal von vornherein die Sicherheit vollständiger Harmonie für die bevorstehenden Beratungen. Die Tagesordnung wies nur Verhandlungsstoffe auf, über welche wohl von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zweckmäßigkeit einzelner Maßnahmen, aber keine prinzipiellen Verschiedenheiten in den Grundanschauungen die Rede sein konnte. Wohl nicht ohne Absicht hatte man Referat und Debatte über die innerjüdische Bewegung, welche eine solche Gefahr in sich bergen konnten, an die letzte Stelle geschoben."

Über Thema, also über die großen Gegenstände der jüdischen Bewegung, die erschütternden Probleme der jüdischen Gegenwart, durfte also überhaupt nicht oder doch nur sehr vorsichtig gesprochen werden. Sonst hätte wohl auch auf dieser Tagung „die Vorahnung des unvermeidlichen Aufeinanderplatzens scharfer Gegensätze über grundlegende Fragen" auf den Teilnehmern gelastet. So begnügte man sich mit einem historisch recht anfechtbaren Referat des Herrn Landesrabbiners Dr. Rieger über: „Das Heimatrecht der deutschen Juden" mit einigen wenig grundsätzlichen Ausführungen des Syndikus Dr. Holländer, die übrigens einen scharfen Protest gegen die Verleumdungen Ludendorffs und Mitteilungen über einen wenig rühmlichen Versuch des Generals, sich aus der für ihn allmählich doch recht peinlichen Affäre zu ziehen, brachte, sowie mit ein paar Diskussionsreden, von denen die der Frau Justizrat Dormitzer-Nürnberg und des Herrn Dr. Urias-Hamburg erwähnt seien.

Man kann nicht sagen, daß diese Aussprache wesentliche neue Gesichtspunkte gebracht hätte oder daß die folgende Resolution, mit der die Generaldebatte abschloß, irgendwelchen Fortschritt von der bekannten Zentralvereins-Argumentation zu positiver jüdischer Arbeit bedeutet:

„Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens schart seit seiner Gründung die deutschen Juden um das Banner des Deutschtums. Von der treuen und freudigen Erfüllung klar erkannter vaterländischer Pflichten werden wir weder durch völkische Irrlehren noch durch antisemitische Drohungen oder Beschimpfungen uns

abdrängen lassen. In dem uns aufgezwungenen Abwehrkampf um unser Recht und unsere Ehre, sehen wir eine wertvolle und notwendige Leistung zugleich für unser deutsches Vaterland, dessen Wiederaufrichtung der Mitarbeit aller seiner Bürger bedarf. Mit tiefem Schmerz gedenken wir der Einbußen des Reiches an Menschen und Ländern; den staatsrechtlich von uns getrennten Mitbürgern aller Bekenntnisse versprechen wir unwandelbare Treue."

Leider brachten auch die Beratungen über die sogen. „innere Mission" keinen erkennbaren Aufschwung, die sich an die Verhandlungen über die im Großen und Ganzen recht günstige Finanzlage des Zentralvereins anschlossen. Hier mußte gesagt werden, was man unter „innerer Mission" versteht, ein wirkliches Arbeitsprogramm, ein Plan war zu entwickeln, und es hätte keinen gegeben, der mehr einer wahrhaft jüdischen Arbeit des Zentralvereins Erfolg und Fortschritte gewünscht hätte, als wir. Aber eben das ist ja nicht möglich; denn jede positive Betätigung des Vereins würde Stellungnahme, Konflikt, Sprengung der Organisation bedeuten, und so gut gemeint die Ausführungen der Herren R.-A. Dr. Eugen Strauß-Augsburg und Dr. Jsmar Freund auch waren — wir vermögen neben allgemeinen Erkenntnissen und Wünschen nichts Greifbares in ihnen zu finden. Frau Henriette Fürth-Frankfurt a. M. hatte schon recht, wenn sie im Verlauf der Debatte erklärte, durch die „neue jüdische Jugendbewegung" — wie sehr ist sie vom Zentralverein bekämpft und gehemmt worden — besonders aber durch den Zionismus sei ein neuer Aufschwung in das Leben der jüdischen Jugend gekommen."

Das ist nun gewiß richtig und wir glauben etwas davon auch in der Jugend, die heut auf Zentralvereinsboden steht, zu verspüren. Von ihr werden, wie wir glauben und hoffen, neue Wege gewiesen, neue Entwicklungen angebahnt werden, die anfänglich wohl eine Verschärfung des Gegensatzes zum Zionismus und anderen jüdischen Gruppen bedeuten könnten, schließlich aber doch in der Linie der lebendigen jüdischen Bewegung liegen würden.

Noch freilich sind diese Kräfte recht schwach und zaghaft. Das zeigte sich in der Aussprache über die Palästinafrage, an der sich bei weniger geschickter und vorsichtiger Verhandlungsleitung die Geister hätten scheiden müssen. Wir bringen im folgenden den ausführlichen Verhandlungsbericht der „Jüdischen Rundschau" zum Abdruck, der unsere Auffassung in sehr bezeichnender Weise bestätigt:

„In der Schlußsitzung der Tagung, beim Referat des Herrn Dr. Alexander, über innerjüdische Fragen, wurde von einer von Dr. Krombach (Essen) geführten Gruppe eine Resolution folgenden Wortlauts vorgeschlagen:

„Die Hauptversammlung 1921 stimmt der in der Hauptvorstandssitzung vom 6. 11. 1921 vom gesamten Vorstand vertretenen Auffassung bei, daß in der Palästinafrage es jedem Mitglied, auch jedem Vorstandsmitglied als Einzelperson, freisteht, unter Wahrung des deutschvaterländischen Standpunktes nach freiem Ermessen seine Stellung einzunehmen und zu vertreten."

Schon die Tatsache der Einbringung dieser Resolution hat Unruhe hervorgerufen. Die Herren des Hauptvorstandes wurden deutlich nervös. Dr. Krombach hat in seiner Begründung erklärt, daß die im April gefaßte Resolution der Arbeit des Zentralvereins sehr geschadet hat. Viele Leute, die über die Bedeutung Palästinas anders denken, hätten sich dadurch vom Zentralverein entfernt. Auch Dr. Krombach ist der Ansicht, daß der Zentralverein nicht im zionistischen Sinn in Palästina arbeiten könne (das wurde auch nie von ihm verlangt! Anm. d. Red.), wohl aber sei die Palästinafrage ein Problem, bei dem auch das Gefühl mitzusprechen hat und das für viele eine religiöse Bedeutung hat. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Man dürfe nicht aus parteipolitischen Gründen diese heute akute Frage einfach ignorieren. Es sei, um Mißverständnisse zu beseitigen, dringend notwendig, zu erklären, daß die Aprilresolution in dem auch schon vom Vorstand angenommenen und jetzt in der vorgeschlagenen Resolution ausgesprochenen Sinn zu verstehen ist.

Als Hauptredner contra trat Herr Marx aus Karlsruhe auf. Er legte namens des Landesverbandes Baden Protest ein gegen die Behandlung dieser Frage, die nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und erklärt, daß diese Resolution eine deutliche Abänderung des Beschlusses des Hauptvorstandes wäre. Im April sei es allen Teilnehmern klar gewesen, daß es sich um eine Frage hochpolitischen Charakters handle. Dieselben politischen Bedenken bestehen auch heute. Praktsiche Palästinaarbeit ist Mitarbeit am Keren Hajessod, die aber heue auch Dr. Krombach ablehne. Die Kolonisation Palästinas ist heute, nach dem Friedenskongreß, nichts anderes als politische zionistische Arbeit. Wer meint, daß er in Palästina unpolitische oder unzionistische Siedlungsarbeit leisten kann, befinde sich in einem großen Irrtum. Redner erklärt, der Hauptvorstand habe durch seinen Beschluß verboten, daß der Zentralverein oder seine Mitglieder qua Mitglieder des Zentralvereins sich an der als politische, nationaljüdische Arbeit erkannten Palästinaarbeit beteiligten. Schließlich wies Redner darauf hin, welche Wirkung eine Annahme der neuen Resolution im Naumann-Lager und im zionistischen Lager haben müßte. Besonders dürfe man die Naumannsche Gefahr nicht gering schätzen. Naumann würde sofort die Resolution so interpretieren, daß der Beschluß des Hauptvorstandes aufgehoben sei und der Zentralverein zur politischen Palästinaarbeit eingeschwenkt habe. Der Zentralverein könne aber von seiner feindlichen Haltung gegenüber dem Zionismus

nicht abweichen. (Starker Beifall.) Die Zionisten aber würden sagen, im April habe nur der Hauptvorstand mit seinem kleinen Anhang den negativen Beschluß in der Palästinafrage gefaßt, nun seien die Delegierten aus dem Reich gekommen und hätten den Vorstand desavouiert. Darum bekämpfe Redner die Resolution.

Justizrat Brodnitz, der Vorsitzende des Zentralvereins, erklärte, er halte die Resolution für überflüssig, soweit sie einfach an das Gedächtnis appelliert. Im allgemeinen identifiziert er sich mit den Anschauungen von Marx und bittet die Antragsteller, die Resolution zurückzuziehen, da die Abstimmung in jedem Falle ein Malheur wäre. Wird der Antrag abgelehnt, so ist es eine Verschärfung des Verhältnisses zu den Zionisten, die die Antragsteller nicht wollen; wird er angenommen, so wird die von der Versammlung gutgeheißene Taktik des Zentralvereins unterbunden. Redner erklärt, er habe es stets abgelehnt, eine Interpretation des April-Beschlusses zu geben, die nur eine Abschwächung gewesen wäre, obwohl von mehreren Seiten an ihn hierwegen herangetreten worden sei. Der Beschluß beziehe sich aber natürlich nur auf die Stellung des Zentralvereins. Darüber hinaus wollen wir natürlich niemanden binden. Z. B. ist darauf hingewiesen worden, daß manche Mitglieder, die gleichzeitig dem Rabbinerverband angehören, von dort andere Direktiven bekommen haben. Nun ist es selbstverständlich, daß sie in ihrer Eigenschaft als Angehörige eines anderen Verbandes sich anders verhalten können als in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Zentralvereins. Der Zentralverein sei keine Polizei und könne nicht die persönliche Freiheit einschränken. Insofern sei die Erklärung der April-Resolution selbstverständlich und daher überflüssig.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, darunter auch ein Mitglied des Neutralen Jugendbundes, der für die Resolution eintrat, wurde schließlich die Resolution von Dr. Krombach zurückgezogen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, sie bei einer späteren Gelegenheit wieder einzubringen. Justizrat Brodnitz erklärte aber, daß eine Vertagung unzulässig sei, er müsse darauf bestehen, daß die Resolution im materiellen Sinne zurückgezogen werde. Dieser Effekt wurde schließlich durch die Erklärung des Vorsitzenden erzielt, daß die Angelegenheit für diese Hauptversammlung erledigt sei, und es sei nicht Sache der Hauptversammlung, sich darum zu kümmern, was bei einer späteren Hauptversammlung geschehen wird. Es stand nun nichts im Wege, den unangenehmen Gegenstand durch einen Antrag auf Schluß der Debatte zu beenden und zu den feierlichen Schlußreden überzugehen.

Neben dem Palästinapunkt handelte es sich in dieser ganzen Debatte auch um die Jugendbewegung. Auch zu dieser Frage war von denselben Antragstellern eine Resolution eingebracht worden, die zum Ausdruck bringen sollte, daß der Aprilbeschluß keine Kampfansage an den Jugendverband bedeutet habe. Diese Resolution erfuhr dieselbe Behandlung wie die Palästinaresolution. In der Tat handelt es sich um die nämliche Sache, denn die feindliche Stellung des Zentralvereins gegenüber dem Jugendverband ist darauf zurückzuführen, daß der Jugendverband sich der Zionismusfreundlichkeit verdächtig gemacht hat.

Die eingebrachten Resolutionen zur Palästina- und zur Jugendfrage waren gezeichnet von folgenden Herren: Ortsgruppe Essen: Dr. Krombach, Dr. Hahn, Dr. Reis-Krefeld, Moritz Levy-Krefeld, Dr. Alexander-Krefeld, Rülf-Detmold, Dr. Kronheim-Bielefeld, Rabbiner Dr. Rosenthal-Cöln, Dr. David-Hagen, Loewenstein-Aachen, Dr. Veis-Andernach, Jacobi-Cöln, Dr. Eschelbacher-Düsseldorf, Jonas-M.-Gladbach, Rosenthal-Hörde, S. Stern-Steele, Rabbiner Dr. Galliner-Gelsenkirchen, Rabbiner Dr. Neumarkt-Duisburg, Rabbiner Dr. Kaelter-Danzig, Dr. Levy-Polzin, Dr. Regensburger-Braunschweig, Dr. Walter-Dessau, Dr. Kantorowitz-Neukölln, Dr. Kehr-Kaiserslautern, Stein-Berlin, Rabbiner Nobel-Schneidemühl, Dr. Sonder-Zerbst, Siegfried Weinberg, Dr. Kahlberg-Halle, Stern-Kattowitz, Dr. Dienemann-Offenbach, Pollack-Seesen, Dr. Leo Löwenstein-Berlin, Rabbiner Dr. Wohlberg-Berlin, Bollmann-Bonn."

Wenn auch die offenbar offiziellen Erklärungen, die der Vorsitzende des Zentralvereins, Herr Justizrat Brodnitz, und der Referent, Herr Dr. Alexander-Crefeld abgaben, in praxi eine Milderung der früheren Zentralvereinsresolution zur Keren Hajessodfrage bedeuten mögen, so ist doch zu bedauern, daß die Organisation selbst aus den oben gekennzeichneten Gründen sich zu positiver Stellungnahme nicht entschließen konnte. Immerhin wurde das Recht des Einzelmitgliedes „unter Wahrung des vaterländischen Standpunktes nach freiem Ermessen seine Stellung zu nehmen", ausdrücklich festgestellt und so zum Heil des deutschen Judentums der Kampf vermieden, den eine Sabotage des Keren Hajessodwerkes durch den Zentralverein notwendig hätte zur Folge haben müssen.

Wir sind überzeugt, daß zahllose Mitglieder des Zentralvereins mit Freuden von der Möglichkeit

Gebrauch machen werden, ihren Einfluß und ihre Mittel in den Dienst der Palästinasache zu stellen. Das wird keine Änderung ihrer Stellung zum Zionismus bedeuten, zweifellos aber ein belebenden Auftakt der Arbeit an jener „inneren Mission" sein, die man so lebhaft begrüßt hat. Jüdische Arbeit verjudet im besten Sinne, schlägt bei aller Wahrung gegenteiliger Auffassungen Brücken zwischen den jüdischen Gruppen, die wahrhaft jüdische Zukunft wollen, richtet freilich Mauern auf denen gegenüber, deren prinzipielle Assimilation auch nach Ansicht der besten Zentralvereinler, deren völlig unjüdische Einstellung in keiner ehrlich jüdischen Gruppe erträglich ist.

Heute nimmt man im Zentralverein Rücksicht nach rechts und links und läßt sich sein Verhalten vielfach vom Verband nationaldeutscher Juden oder von der Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit diktieren. Man folge seinem jüdischen, vorurteilslosen Instinkt und man wird gut dabei fahren.

Der Keren Hajessod, der mehr ist als ein Sammelinstrument für Palästina, der Keren Hajessod, der keine zionistische Parteisache sondern lebenswichtige Angelegenheit der Gesamtjudenheit ist, wird der große Prüfstein für den Stand der jüdischen Entwicklung in Deutschland werden. Die Hauptversammlung ließ infolge der bewußten Regie nicht erkennen wie stark sie sich im Zentralverein geltend macht. Wir glauben aber an ihre Kraft und rechnen auf die Zentralvereinler, die vielleicht Gegner des Zionismus aber gute Juden sind.

Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland

Von Dr. Werner Senator

Der nachstehende Aufsatz ist mit gütiger Erlaubnis des Jüdischen Verlags dem Dezemberheft der von Martin Buber herausgegebenen Monatsschrift „Der Jude" entnommen. Wir stimmen dem um die Produktivierung der Ostjuden hochverdienten Verfassers vor allem in der Auffassung zu, daß die Durchführung jedes sozialpolitischen Programmes für die Ostjuden von der restlosen und tatkräftigen Unterstützung aller in Deutschland lebenden Juden abhängt.

Die Fragen, mit denen der nachstehende Aufsatz sich zu beschäftigen hat, sind Fragen, die in ähnlicher oder gleicher Weise immer wieder im Leben des jüdischen Volkes an seinen verschiedenen Wohnplätzen, in den Ländern, wohin seine Wanderung es führt, auftauchen. Das Schicksal der Ostjuden in Deutschland ist typisch für das Schicksal all jener aus der Heimat Vertriebenen, die auf der Suche nach einem Land sind, das ihnen seine Tore öffnet und ihnen Existenzmöglichkeiten bietet. Wegen dieser typischen Bedeutung der zu untersuchenden Probleme wird sich, was auch schon aus dem anderen Grunde der Beschränkung notwendig ist, der nachstehende Aufsatz im wesentlichen nur mit den Ostjuden in Deutschland befassen können. Wo darüber hinausgegangen wird, sollen nur kurz die weiteren großen Probleme der jüdischen Wanderung angedeutet werden.

Zuvörderst muß darauf hingewiesen werden, daß Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland schon deshalb wesentlich andere Wege gehen muß als etwa die sonstige jüdische Sozialpolitik in Deutschland, weil es sich bei den Ostjuden in Deutschland zum großen Teil um Ausländer handelt. Die ganz unsystematische und geradezu mittelalterliche Ausländergesetzgebung in Deutschland macht den Ausländer in Deutschland fast völlig rechtlos. Bestimmungen, die die besonderen Verhältnisse des Ausländers gänzlich außer Acht lassen, stehen der Beschaffung von Arbeit und Unterkunft vielfach entgegen. Ein Ausweisungsverfahren, das der Willkür unserer Beamten den weitesten Spielraum läßt, das erwiesenermaßen mit Denunziationen von Konkurrenten arbeitet, macht den Ausländer vogelfrei. Alle diese Bestimmungen werden in schematischer Weise auf die große Anzahl derjenigen Ostjuden, die durch die neuen politischen Verhältnisse im Osten staatenlos geworden sind, angewandt.

Diese Verhältnisse führen dazu, daß eine Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland mehr noch als jede andere Sozialpolitik sein muß. Eine Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland kann darum nur betrieben werden mit dem Willen zu einer jüdischen Politik, im Bewußtsein der Notwendigkeit einer solchen jüdischen Politik, die erst die Bedingungen für eine ostjüdische Sozialpolitik in Deutschland und die Möglichkeit der Wohlfahrtspflege für die Ostjuden in Deutschland schafft. Nur, wenn man klar und unbeirrt diesen Weg der Erkämpfung von Rechten für die Ostjuden ging, nur, wenn man entschlossen diese jüdische Politik verfolgte, wenn man Vorkämpfer wurde der Idee der Schaffung eines Zustandes, der die Rechtlosigkeit des Ausländers in Deutschland aufhebt, nur dann war es möglich, Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege für die Ostjuden in Deutschland zu treiben. Weitgehende Unterschiede sind also hier von vornherein etwa beim Vergleich mit einer Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege für die deutsche Judenheit vorhanden.

Aber auch die ostjüdische Masse selbst, das Objekt jener Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege, unterscheidet sich wesentlich von der westjüdischen Bevölkerung. Bei den ostjüdischen Einwanderern handelt es sich zum großen Teil um fluktuierende, nicht seßhafte Massen und Menschen, anderer, nicht etwa niederer Kultur, als die westjüdische Bevölkerung im allgemeinen hat. Menschen, denen moderne europäische Begriffe der Hygiene fehlen, deren soziale Schichtung fast immer, deren religiöse Gerichtetheit wenigstens oft eine ganz andere ist, als die der deutschen Juden. Es handelt sich um eine zahlenmäßig sehr viel bedeutendere Masse, als für die Wohlfahrtspflege der deutschen Juden überhaupt in Betracht kommt. An dieser Stelle wird eine kurze Geschichte der neueren Ostjudeneinwanderung in Deutschland notwendig sein.

Zum erstenmal sind geschlossene größere Ostjudenmassen während des Krieges nach Deutschland gekommen, und zwar waren das die zum größten Teil zwangsweise nach Deutschland deportierten jüdischen Arbeiter aus Polen, die auf Grund des sogenannten „Hindenburg-Programms" zur Arbeit in der deutschen Kriegsindustrie nach Deutschland deportiert wurden. Späterhin nach Kriegsende, als die wirtschaftliche Lage in Polen sich ungeheuer verschlechterte, als die Pogrome ausbrachen, kamen weiterhin einige tausend Flüchtlinge über die Grenze. Endlich ergoß sich der Strom der Amerikawanderer, der im Jahre 1920 sehr stark war, durch Deutschland, sodaß hier eine gewisse Zeit lang eine Stauung der ost-

jüdischen Wanderung eintrat. Diese Stauung ist seit langer Zeit beseitigt, es ist eine ständige Fluktuation der ostjüdischen Durchwanderer zu verzeichnen. — Die politischen Verhältnisse, die allgemeine Erschwerung der Wanderung haben dazu geführt, daß insbesondere die sogenannten Staatenlosen oft nicht weiterwandern konnten, so daß in Deutschland eine neue hinzugewanderte ostjüdische Bevölkerung von rund 55—60 000 Seelen überbleibt.

Eine jüdische Sozialpolitik, die an die Lösung der durch die Einwanderung geschaffenen Probleme herangehen will, mußte dahin wirken, die notwendige Institution zu schaffen, um politisch-konsularischen Schutz, Arbeitsbeschaffung und soziale Hilfe für die Ostjuden in Deutschland in die Wege zu leiten. Es wurde, nachdem sich die deutsche Judenheit zu dieser ostjüdischen Sozialpolitik entschlossen hatte, das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands und das jüdische Arbeitsamt geschaffen, die sich mit ihren Nebenstellen über das ganze Reich ausbreiteten. Im Arbeiterfürsorgeamt sowie im Arbeitsamt und den Arbeiterfürsorgestellen wurden die politisch-konsularische Tätigkeit, die Arbeitsbeschaffung und die soziale Fürsorge für die ostjüdischen Arbeiter zentralisiert.

Wie mußte und muß nun eine solche Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland aussehen? Boten die Tatsachen die Möglichkeit, etwa hier in Deutschland eine einigermaßen starke jüdische nationaljüdische Wirtschaft aufzubauen, diese Wirtschaft räumlich und sachlich von der umgebenden deutschen Wirtschaft zu trennen, wie es vielleicht vom Standpunkt einer jüdischnationalen Sozialpolitik, die Zentren des jüdischen Lebens schaffen will, wünschenswert erscheint? Es hat sich herausgestellt, daß ein solches Vorgehen in der Praxis völlig unmöglich ist. Die jüdische Arbeiterschaft in Deutschland kann ohne die engste Verbindung mit der Wirtschaft des Wirtsvolkes, ohne die engste Verbindung mit der deutschen Arbeiterschaft in Deutschland nicht existieren. Die jüdischen Arbeiter müssen in die Lücken des deutschen Arbeitsmarktes einspringen. Sie müssen oft unter den schwierigsten Verhältnissen als ganz einzelne unter Hunderten und Tausenden deutscher Arbeiter arbeiten, und diese Vereinzelung, dieses Eindringen in die Lücken des Arbeitsmarktes ermöglicht überhaupt erst sehr oft dem jüdischen Arbeiter seine Existenz. Daß dem so ist, ist vom nationalen Standpunkt aus zweifellos außerordentlich zu bedauern. Denn naturgemäß unterliegt der einzelne jüdische Arbeiter, der gezwungen ist, inmitten einer fremden wirtschaftlichen Umgebung, inmitten einer fremden kulturellen Umgebung zu leben, rascher der Assimilation, ja, mehr noch, da die Assimilation mit seinen ökonomischen Vorteilen im Einklang steht, wird er sie oft wollen und wollen müssen. Trotzdem hat eine jüdische Sozialpolitik in Deutschland, die zunächst einmal das Leben des ostjüdischen Arbeiters erhalten will, keine andere Möglichkeit, als den jüdischen Arbeiter in engster Verbindung mit dem deutschen Arbeiter in die deutsche Volkswirtschaft einzugliedern. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, so ist die jüdische Sozialpolitik ganz gewiß eine solche Kunst des Möglichen, und wie bei unseren anormalen Existenzbedingungen alle jüdische Politik immer nur eine Politik auf kurze Sicht, um wenigstens das Leben zu bewahren, sein kann, so kann auch eine jüdische Sozialpolitik in Deutschland zunächst nichts weiter erreichen, als solche Erhaltung eben dieses materiellen Lebens des jüdischen Arbeiters, der ohne diese Sozialpolitik dem Hungertode und der völligen Verelendung rettungslos preisgegeben wäre. Es mag hier erinnert werden an ein Wort Achad Haams: daß das jüdische Volk den Willen zu seiner Existenz nicht von Bedingungen abhängig machen kann, daß es den Willen hat, unter jeder Bedingung zu leben, und daß wir, wenn wir die nationale Existenz des jüdischen Volkes wollen, vor der Alternative völligen Untergangs und der Erhaltung des Körpers dieses Volkse im Grunde genommen gar keine Wahl haben, sondern verpflichtet sind, diesen Körper aufrecht zu erhalten, aus dem sich einmal ein geistiges nationales Leben wieder entwickeln wird.

Wie nun hat sich in der Praxis eine Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland zu gestalten? Es ist evident, daß das Grundprinzip einer solchen Sozialpolitik die Produktivierung der eingewanderten jüdischen Masse sein muß, und es versteht sich von selbst, daß die in jedem Fall doch nur ganz beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel eine möglichst produktive Verwendung des doch schließlich dem Nationalvermögen entnommenen Kapitals erfordert. In allererster Linie nun besteht die Produktvierung selbstverständlich in der Beschaffung von Arbeit. Eine solche Arbeitsbeschaffung kann erfolgen entweder durch Arbeitsvermittlung innerhalb des deutschen Arbeitsmarktes, sei es bei deutschen oder auch jüdischen Arbeitgebern, oder sie kann erfolgen durch Arbeitsbeschaffung für selbständige Handwerker oder Gewerbetreibende. Die Versuche nun, die in dieser letzten Hinsicht

gemacht worden sind, haben, so sehr sie im einzelnen gute und überraschende Erfolge gezeitigt haben, klar bewiesen, daß eine Lösung des Problems auf diese Weise und für die Kreise, für die überhaupt eine Sozialpolitik getrieben werden muß, in irgendwie erheblichem Maße nicht in Betracht kommt. Die außerordentlich erheblichen Summen, die notwendig sind, um durch Gewährung von Produktivkrediten an Einzelne oder an Genossenschaften, selbständige Handwerker oder Gewerbetreibende, zu schaffen, sind auf die Dauer und vor allen Dingen in dem erforderlichen Maßstabe nicht aufzubringen. Hingegen ist es möglich, das hat sich gezeigt, mit relativ geringen Mitteln, die wahrscheinlich sogar geringer sein dürften, als die Kosten der deutschen Arbeitsvermittlung, sehr zahlreiche Ostjuden als Arbeiter in Deutschland unterzubringen.

Sehr problematisch ist ferner auch die Frage, die im Interesse einer fortschreitenden Produktivierung der ostjüdischen Bevölkerung außerordentlich wichtig ist: Die Frage der Berufsumschichtung. Aus den verschiedensten Gründen stößt die Beschäftigung jüdischer Lehrlinge, jüdischer, schlecht ausgebildeter Handwerker, wie sie zum größten Teil aus dem Osten kommen, bei wirklich gut ausgebildeten deutschen Handwerkern auf große Schwierigkeiten. Antisemitismus, die Notwendigkeit der Sabbatfreiheit usw. zwingen oft dazu, die Beschränkung auf die wenigen, bereits typisch „jüdischen Berufe" aufrecht zu erhalten. Immerhin unterliegt es keinem Zweifel, daß viel getan werden kann und letzten Endes, gleichgültig, wie der zahlenmäßige Erfolg im Augenblick ist, getan werden muß.

Den Übergang von der eigentlichen Sozialpolitik zur Wohlfahrtspflege bilden wohl die großen Gebiete der Beherbergung und der ärztlichen und hygienischen Fürsorge. Die Schwierigkeiten, die heute durch die Wohnungsnot, den Mangel an Arbeiterwohnungen insbesondere in Deutschland bestehen, wachsen ins Ungeheure. Sie treffen naturgemäß in erster Linie wiederum den ausländischen, insbesondere den jüdischen Arbeiter, und darum hat eine jüdische Sozialpolitik schon vom politischen Standpunkt aus, daß ein in der Tat manchmal zutreffender Vorwurf der Belegung von Wohnungen durch Ostjuden beseitigt wird, alle Ursache, dafür zu sorgen, daß Wohnmöglichkeiten, soweit irgend angängig, für ostjüdische Arbeiter geschaffen werden.

Auch die hygienischen Verhältnisse der Einwanderer sind zum größten Teil bei ihrer Einwanderung nach Deutschland außerordentlich trübe gewesen. Hier war und ist es ein Gebot einer nationalen Sozialpolitik, unbedingt für Abhilfe zu sorgen, insbesondere Einschleppung und Ausbreitung ansteckender Krankheiten zu unterbinden. Es ist bemerkenswert, daß es gelungen ist, die bei den Einwanderern häufig auftretenden Hautkrankheiten völlig zu beseitigen. Eine persönliche Einwirkung auf die ostjüdische Bevölkerung wird immer, wenn sie richtig betrieben wird, Erfolg haben, da ganz zweifellos die Anpassungsfähigkeit des Ostjuden in keiner Weise geringer ist, als die seiner westjüdischen Stammesgenossen.

Eine Wohlfahrtspflege, wie sie etwa für die deutsche Bevölkerung, auch für die deutsch-jüdische Bevölkerung möglich ist, ist naturgemäß durch die starke Fluktuation der ostjüdischen Bevölkerung, Einwanderung und Rückwanderung, sehr erschwert. Sie ist aber ferner besonders schwierig dadurch, daß geeignete Helfer, geeignete Pfleger fehlen. Besondere Verhältnisse, die von der deutschen Umwelt verschiedenen Lebensbedingungen, die anders geartet kulturellen Forderungen der Ostjuden, wie z. B. ihre geringen Ansprüche an die Behaglichkeit der Wohnräume, die freilich oft zu einer starken Vernachlässigung derselben führen, all das sind Momente, die eine richtige Wohlfahrtspflege zweifellos erschweren, erschweren vor allem deswegen, weil Menschen, die einerseits Verständnis für die Psyche der Ostjuden haben, andererseits aber auch gewillt sind, moderne Forderungen der Hygiene usw. durchzuführen, selten sind. An dieser Stelle mag bemerkt werden, daß die vorstehenden Darstellungen es absichtlich vermeiden, im einzelnen auf die Arbeit hinzuweisen, die von den jüdischen Hilfsorganisationen in sozialpolitischer und wohlfahrtspflegerischer Hinsicht da geleistet worden ist. Hier handelt es sich darum, vor allen Dingen das Problem in großen Zügen aufzuweisen und die bestehenden Schwierigkeiten darzulegen.

Faßt man kurz die Probleme der Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege in Deutschland zusammen, so wird man etwa auf folgende Thesen kommen:

1. Eine Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland muß gleichzeitig sein eine wahrhaft jüdische Politik. Sie muß ganz bewußt Einfluß nehmen auf die Gesetzgebung, insbesondere auf die Ausländergesetzgebung und das Arbeitsrecht, ein Ziel, das nur erreicht werden kann durch Zusammenfassung möglichst der gesamten jüdischen Öffentlichkeit.

2. Demgemäß ist in weiterer Ausführung dieser Politik die Verwaltungspraxis der unteren Behörden dauernd zu überwachen. Entsprechende Überwachungsorganisationen für rechtliche Hilfe sind notwendig und zu schaffen.

3. Eine fruchtbare Wohlfahrtspflege muß sozialpolitisch betrieben werden, d. h. kann keine Philanthropie bleiben, sondern muß Arbeitsbeschaffung, also Produktivierung bedeuten.

4. Ergänzend muß die private Fürsorge hinzutreten, die die Einzelsorge in dem notwendigen Maße ausbaut.

Ein solches Programm ist naturgemäß nur durchführbar, wenn die deutsche Judenheit restlos für seine Verwirklichung eintritt. Es ist undurchführbar, wenn erhebliche Teile der deutschen Judenheit sich diesem Werk entziehen, und zwar undurchführbar sowohl vom finanziellen als auch vom politischen Standpunkt aus.

Die deutsche Judenheit sollte sich bewußt sein, daß das, was sich heute in sehr weiten Kreisen immer noch unbemerkt vor ihren Augen abspielt, das Schicksal der Ostjuden in Deutschland, nur ein Teil jenes allgemeinen Judenschicksals ist, das heute aus „Ostjuden" „Westjuden" und morgen den „Westjuden" zum heimatlosen Flüchtling macht, der in der Welt herumirrt, um bei seinen jüdischen Brüdern Hilfe zu suchen. Die ungarische Judenheit, die nationalen Magyaren jüdischen Glaubens, haben vielleicht am schrecklichsten erfahren, wie wenig gerade Assimilation hilft, tiefe Gegensätze von Volk zu Volk zu überwinden. (Ziko.)

Die Aufgaben des zionistischen Wirtschaftsrates

Von Isaak Naiditsch,
Vorsitzenden des Wirtschaftsrats der Zionistischen Weltorganisation.

Auf dem XII. Zionistenkongreß wurde der Beschluß gefaßt, einen Wirtschaftsrat zu schaffen, der im Einvernehmen mit der Zionistischen Exekutive arbeiten soll. Die Aufgaben eines solchen Wirtschaftsrates konnten im Permanenzausschuß nur im einzelnen festgesetzt werden. Das Plenum des Kongresses begnügte sich mit der Information, daß der Wirtschaftsrat sich mit allen finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Zionistischen Organisation befassen werde und sanktionierte seine Schaffung. Es ist daher notwendig, die Gründe darzulegen, die zur Schaffung dieses neuen Komitees führten, wie es notwendig ist, die Aufgaben des neuen Rates klarzustellen.

Die zionistische Bewegung hat eine teilweise Verwirklichung ihrer politischen Bestrebungen durch die politische Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Palästina mit der Balfour-Deklaration und mit dem Beschluß von San Remo erreicht; wir sind auch von allen Völkern und nationalen Gruppen anerkannt worden. Es ist klar, daß uns die Rechte einer Nation, die uns von allen Staaten zugebilligt wurden, nicht mehr genommen werden können. Durch die Verwirklichung dieses Teiles unseres politischen Zieles entstand für uns ein ganz neues Problem, nämlich wie dieses abstrakte Recht in ein konkretes zu verwandeln und wie die Arbeit für den schnellen Aufbau Palästinas zu gestalten sei.

Bei Völkern, die wohl ihre nationale Selbständigkeit, nicht aber ihren Boden verloren haben, bringt ein politischer Erfolg, wie die Verwirklichung nationaler Ideale, keine so komplizierten Probleme hervor wie in unserem Falle. Diese Auffassung wurde uns in den letzten Jahren wiederholt bestätigt. Kaum wird bei solchen Völkern das nationale Ideal verwirklicht, so verschwinden seine Träger; hier und da werden sie höchstens als dekorative Figuren herangezogen. Tatsächlich aber wird ihre Stelle von den Männern der Praxis eingenommen, die den Staatsapparat leiten. Unsere Lage ist wesentlich anders. Da wir keinen eigenen Boden besitzen und überall hin verstreut sind, kann man bei uns die Ideologen nicht so leicht von den Praktikern trennen. Aus diesem Grunde hat auch Herzl so großes Gewicht auf den Geist und die Kraft der Massen gelegt. Und gerade diese Kraft müssen wir heute mehr haben denn je. Wir müssen die Organisierung des Volkswillens fortsetzen; denn nur durch den organisierten Volkswillen wird es möglich sein, die materiellen Grundlagen für den Aufbau Palästinas zu schaffen. Es ist jedoch klar, daß der Zionismus nicht im beschränkten Rahmen politischer und organisatorischer Betätigung verbleiben kann. Durch den politischen Erfolg hat auch das ganze Antlitz der Zionistischen Organisation eine Wandlung erfahren. Der ins Riesenhafte angewachsene Apparat der Organisation hat eine Wirtschaftsinstitution notwendig gemacht, die sich ausschließlich mit finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt. Die natürliche Voraussetzung war die Hinzuziehung von Fachmännern, denen die Arbeit der neuen Institution anvertraut werden konnte. Schon auf der Londoner Konferenz wurde diese schwierige und dringende Frage behandelt, und Oberrichter Brandeis machte den Versuch, eine Art Wirtschaftsrat zu schaffen, der sich ausschließlich mit dem wirtschaftlichen Aufbau Palästinas befassen sollte. Er ging dabei von der Annahme aus, daß die Beschlüsse von San Remo den Gesamtkomplex der zionistischen Probleme wesentlich beeinflußt hätten. Brandeis wollte neue Männer heranziehen — ein Wunsch, den wir alle teilten —; aber er verlangte, daß die neuen Leute auch die faktischen Führer der zioni-

stischen Bewegung würden. Es ist wohl wahr, daß wir vor neuen Problemen stehen, daß wir eine neue Epoche praktischer Tätigkeit beginnen; ohne die Begeisterung des Volkes, der Massen, werden wir jedoch die konkrete Aufbauarbeit nicht durchführen können. Wir können nicht, wie es die Brandeisgruppe verlangt, den seelischen Teil des Zionismus ausschalten.

Da wir vorläufig keine „funkelnagelneuen" Personen haben, die den praktischen Teil unserer nationalen Aufgaben durchführen könnten, muß die Arbeit auf die vorhandenen Menschen verteilt werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es für diejenigen, die an der Spitze des zionistischen Gesamtapparates stehen, unmöglich ist, den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen genau wie den politischen und organisatorischen Aufgaben ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Der Kongreß sah dies ein und sanktionierte die Gründung des Wirtschaftsrates, der aus leitenden Zionisten bestehen soll, die im engen Zusammenhang mit der Exekutive sich ausschließlich mit der Regelung der komplizierten Fragen der Fonds und finanziellen Institutionen zu befassen haben. Es kann — darüber wurde man sich klar — nicht zulässig sein, daß die stets mit allerlei Fragen überlastete Exekutive aus ihrer Mitte einen Ausschuß für diese speziellen Angelegenheiten findet. Eine solche Kommission würde nicht zu dem gewünschten Ziele führen, weil ihre Mitglieder als Mitglieder der Exekutive gezwungen wären, sich mit Fragen zu befassen, die dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet völlig fernliegen. In seiner gegenwärtigen Form aber hat der Wirtschaftsrat keinerlei Beziehungen zum politischen oder verwaltungstechnischen Teil der Gesamtorganisation und er wird sich daher ungehindert auf die Reorganisierung und Systematisierung der finanziellen Departements konzentrieren. Es ist noch zu früh, über die positiven Pläne des neuen Rates zu sprechen und ich kann deshalb vorläufig nur auf einige Teile des großen Programms hinweisen, das im Laufe der Zeit entwickelt werden wird.

Der Wirtschaftsrat wird vor allem die Gelder des Keren Hajessod verwalten. Der Keren Hajessod, der im letzten Jahre die Zionistische Organisation gewissermaßen gerettet hat und auf diese Weise der Hauptnerv der zionistischen Finanzen geworden ist, wird jetzt an umfangreiche Arbeiten großzügigen Charakters in Palästina herantreten. Es genügt, auf Unternehmungen wie die Gründung einer Hypothekenbank mit einem Kapital von 200 000 £, die Durchführung der Bewässerung des Landes und die Kolonisation hinzuweisen. Das sind nur drei von den vielen geplanten Unternehmungen des Keren Hajessod. Die erste Aufgabe des Wirtschaftsrates wird nun in der Organisierung und Kontrolle dieser großen Unternehmungen bestehen.

Aber außer der Arbeit für den Keren Hajessod wird der Wirtschaftsrat auch neue finanzielle Unternehmungen für die Durchführung von allerhand Wirtschaftsarbeiten in Palästina zu bilden haben. Dazu gehört vor allem die Kapitalsvermehrung des Jewish Colonial Trust. Nach Herzls Auffassung sollte die Bank das größte Finanzinstrument der Zionistischen Organisation sein, und in Wirklichkeit hätte sie es auch sein können. Leider ist sie bei einem Kapital von 400 000 £ stehen geblieben, während Herzl 2 Millionen £ verlangt hat. Eine der wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftrates wird es daher sein, die Tätigkeit der Bank zu erweitern und ihren Einfluß zu erhöhen, vor allem durch Eröffnung von Filialen in den wichtigsten jüdischen Zentren, darunter auch in Amerika, wo eine Filiale der Bank besondere Wichtigkeit haben wird, weil sie als finanzielle Vermittlerin zwischen den Juden Amerikas und ihren europäischen Angehörigen fungieren kann. (Die Zionistische Exekutive in den Vereinigten Staaten hat Mitte November mitgeteilt, daß die Eröffnung einer Filiale des Jewish Colonial Trust in der New Yorker City unmittelbar bevorsteht. Anm. d. „Ziko".) Damit nun die Kolonialbank wirklich der finanzielle Hauptfaktor aller unserer praktischen Unternehmungen in Palästina und die Mantelbank werde, welche die geplanten Finanzinstitutionen in sich einschließt, wird es nötig sein, das ursprünglich bestimmte Kapital von 2 Millionen £ aufzubringen.

Wie bereits erwähnt, wird der Keren Hajessod eine Hypothekenbank mit einem Kapital von 200 000 £ begründen; mit dieser Summe wird das Aufbauproblem in Palästina aber noch nicht gelöst. Das Hauptinstrument der Hypothekenbank beruht nicht auf dem Aktienkapital, sondern auf den Pfandbriefen, die auf dem Weltmarkt plaziert werden müssen. Diese Plazierung wird nun eine wichtige Aufgabe des Wirtschaftsrates sein. Infolge der überall herrschenden Wirtschaftskrise wird es im Augenblick vielleicht schwer fallen, die Pfandbriefe auf den allgemeinen Geldmärkten zu verbreiten, aber im Laufe der Zeit ist diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Inzwischen werden diese Pfandobligationen unter uns selbst zirkulieren müssen, besonders in den jüdischen Gemeinden. Alle Fonds, die in den verschiedenen Gemeinden auf Grund alter Bestimmungen festliegen, können in diesen Pfandobligationen angelegt werden, die mit 6% verzinst und im Laufe von 12 Jahren eingelöst werden.

Da wir auf dem Standpunkt stehen, daß das nationale Kapital in Palästina die Bankinstitutionen, die Wasser- und Elektrizitätskräfte in der Hand haben und so die Macht haben muß, den Aufbau zu kontrollieren, daß aber auch für das Privatkapital die Möglichkeit geschaffen werden muß, Arbeiten in Palästina in großem Maßstab zu beginnen, sind wir uns auch klar darüber, daß die Zionistische Organisation allen Privatkapitalien, die schon heute in Palästina arbeiten können, die erforderliche Aufmerksamkeit schenken muß. Sie müssen den nötigen Kredit finden. Um nun der Privatinitiative, die sich schon jetzt in Palästina betätigen kann, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, wird der Wirtschaftsrat sich bemühen, in der Finanzwelt die notwendige Stütze für solche Unternehmungen zu finden.

Der Wirtschaftsrat wird auch versuchen, bekannte wirtschaftliche Experten heranzuziehen, die zwar dem Aufbau von Erez Jsrael nicht allzu nahe stehen und auch bisher dem jüdischen Leben ferngeblieben sind, aber doch bereit wären, an den Beratungen des Wirtschaftsrates teilzunehmen. Ferner wird der Rat die bereits bestehenden Finanzinstitutionen stärken und ausbauen, die großen Budgets, die der Kongreß beschlossen hat, verwalten und endlich neue Institutionen gründen müssen, um der Palästinaorganisation neue Instrumente zu schaffen.

Dies ist in großen Umrissen eine Darstellung der Hauptaufgaben des Wirtschaftsrates; sein ganzes Aufgabengebiet ist so groß und weitverzweigt, daß es unmöglich ist, schon jetzt alle Details zu besprechen. (Ziko.)

Aus der jüdischen Welt

Palästina

Deutsche Schiffahrt nach Palästina. Die „Deutsche Levante-Linie“ läßt am 13. Dezember ab Hamburg ihren Dampfer „Alesia“ auslaufen, der auf seiner Fahrt nach Alexandrette in Jaffa und Haifa Station machen wird. (Ziko.)

— Die Regierung befaßt sich seit längerer Zeit mit der Frage der Wasserzuleitung in Jerusalem. Ein offizielles Komitee, in dem einige Experten, darunter auch ein Vertreter der Gemeinde teilnahmen, arbeitete unter Vorsitz des Kreisverwalters einen Plan der Wasserzuleitung aus, der von der Regierung approbiert wurde. Die zur Durchführung nötigen Ausgaben, die vorerst auf 30 000 Pfund geschätzt wurden, konnten nach weiterer genauer Überprüfung des Planes auf 15 000 Pfund reduziert werden, dank vorteilhaften Einkaufes des Materials und der dazu nötigen Maschinen. Die Stadtgemeinde, die keine übrigen flüssigen Mittel hat, nimmt eine Anleihe von 15 000 Pfund auf, deren Verzinsung und Amortisation auf 1500 Pfund sich beläuft, zu deren Deckung die Hauszinssteuer um 1 Prozent erhöht werden soll. Man hofft jedoch, daß es später durch Erhöhung der Einkünfte für Wasserzuleitung gelingen wird, diese Erhöhung der Hauszinssteuer wieder ermäßigen oder selbst gänzlich aufheben zu können. (J. P. Z.)

— Von Danzig gehen dieser Tage mehrere Schiffsladungen mit polnischem Holz ab. Es ist der erste Versuch, Holz von Polen nach Palästina zu exportieren. (J. C. B.)

Neue Bankgründungen in Palästina. Die „American Palestine Company“ hat mit Erlaubnis der palästinensischen Regierung zwei neue Banken in Palästina organisiert: die „Urban Mortgage Bank of Palestine“ und die „Industrial Credit Bank of Palestine“. Das erste Unternehmen wird hauptsächlich Baukredite erteilen, während das zweite die Entwicklung aussichtsreicher Industriezweige fördern will. (Ziko.)

Palästinensische Verfassung und Staatsangehörigkeit. In der Novembersitzung des palästinensischen Staatsrats teilte Oberkommissar Sir Herbert Samuel mit, daß die Verfassung für Palästina als eine Verordnung des britischen Königs erlassen werden wird. Gleichzeitig wird ein besonderes Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Landesbewohner in Kraft treten. Da die Bestimmungen dieses Gesetzes den Artikeln des Vertrages von Sevres Rechnung tragen müssen, ist auch in diesem Fall die Form eines Regierungsbefehls erforderlich. Das Gesetz wird im Einklang mit dem Passus des Vertrages von Sevres stehen, nach welchem jeder ottomanische Untertan, der gegenwärtig in Palästina wohnt, sofort palästinensischer Staatsangehöriger wird. Eine Ausnahme kann gemacht werden, wenn ottomanische Untertanen den Wunsch haben, die Staatsbürgerschaft eines Landes anzunehmen, zu dem sie ihrer Rasse nach zu gehören glauben. Die palästinensische Staatsbürgerschaft würde dann jedoch beim Verlassen Palästinas erlöschen. Gemäß den Bedingungen des Vertrages dürfen Juden fremder Staatsangehörigkeit, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrages in Palästina ansässig sind, palästinensische Bürger werden, wenn sie innerhalb eines Jahres einen entsprechenden Antrag stellen. Schließlich kann die palästinensische Staatsbürgerschaft auch durch Naturalisation erworben werden, wenn der Antragsteller nicht weniger als zwei Jahre in Palästina gewohnt hat und sich im Lande dauernd niederlassen will. (Ziko.)

Amerika

— Wie das New York Büro des Keren Hajessod meldet, ist der Nichtzionist Louis Marshall, ein bekannter Führer der amerikanischen Juden, Mitglied des amerikanischen Vorstandes des Keren Hajessod geworden. (J.C.B.)

Literarisches Echo

Felix A. Theilhaber. „Der Untergang der deutschen Juden“. Zweite verbesserte Auflage. Jüdischer Verlag, Berlin N.W. 7. (geb. Mk. 26.—, br. Mk. 20.—) Zu haben in der Ewer-Buchhandlung, Wagmüllerstraße 19.

Als dieses Werk im Jahre 1911 zum ersten Male erschien, hat es ungeheures Aufsehen, in manchen Kreisen einen Sturm der Entrüstung erregt. Jeder empfand, daß der Verfasser in diesem Buche eines der heikelsten aber auch wichtigsten Probleme des modernen Judentums angeschnitten hatte. Die Auflage war binnen kurzer Zeit vergriffen und infolge persönlicher Inanspruchnahme des Verfassers konnte eine Neuauflage zunächst nicht erscheinen. In der letzten Zeit hat der Verfasser das Werk nun einer Neubearbeitung unterzogen

und dabei allen durch die erste Auflage aufgeworfenen Fragen und den durch die Zeit bedingten neuen Verhältnissen Rechnung getragen, sodaß mit der jetzt erscheinenden zweiten Auflage ein ganz neues Werk entstanden ist. Theilhaber sieht unabwendbar den Untergang der deutschen Juden fortschreiten und führt dies mit unerbittlicher Schärfe auf die Erscheinungen des modernen Sexuallebens zurück. Wenn man Zahlen wie die folgenden hört: 25% der deutschen Juden bleiben ehelos, 25% gehen eine Mischehe ein und 50% der jüdischen Ehen haben das Zweikindersystem durchgeführt — so kann man sich den erschütternden Schlußfolgerungen des Autors nicht verschließen. Kein Jude, dem das Bestehen des Judentums am Herzen liegt, kein Führer irgend einer jüdischen Organisation wird versäumen können, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Auch Nichtjuden werden das Werk mit größtem Interesse lesen und auf die besonderen Verhältnisse der nichtjüdischen Bevölkerung mit großem Nutzen anwenden können. Außerdem bietet das Werk ein außerordentlich reiches Material für Statistiker, Bevölkerungspolitiker und Soziologen.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Die Coßmann-Werner-Bibliothek, von deren Eröffnung vor einiger Zeit in diesem Blatte berichtet wurde, erfreut sich besonders Freitag abend und Samstag mittag eines guten Besuches. Um auch die Fernstehenden anzuregen, sei nochmals auf die Öffnungszeit der Lesehalle hingewiesen. Der Lesesaal befindet sich Herzog Maxstraße 6 II und ist täglich von 9—12 und 2—7 Uhr geöffnet. Ausleihstunden Montag und Mittwoch von 5—7 Uhr, Freitag von 2—4 Uhr und Sonntag von 10—12 Uhr.

Zionistische Ortsgruppe. Die jeden 2. und 4. Dienstag im Monat stattfindenden Zusammenkünfte der Ortsgruppenmitglieder und Interessenten unserer Bewegung haben am 6. Dezember bereits begonnen. Das ausführliche Presse-Referat von Herrn Basch bot Stoff genug, um eine Aussprache über einige aktuelle zionistische Fragen wachzurufen. Zahlreiche Anregungen über die Ausgestaltung der Abende und des zionistischen Lebens in München überhaupt wurden laut. Es besteht allgemein der Wunsch der Gesinnungsgenossen, sich näher kennen zu lernen. Diesem Wunsche kam ein gemütliches Zusammensein der Anwesenden am gleichen Abend bereits nach. Ein ins Leben gerufenes Damen-Komitee wird in Zukunft dafür sorgen, daß der äußere Rahmen des Raumes etwas wärmer gestaltet wird. Dem lebhaften Verlangen nach einer Aussprache über unsere jüdische Gemeindepolitik wird demnächst Rechnung getragen werden. — Wegen des am 13. Dezember stattfindenden Stiftungsfestes des jüdischen Turn- und Sportvereins Bar Kochba wird die nächste Zusammenkunft um 8 Tage verschoben.

II. Abend: Dienstag, den 20. Dezember abends 8.15 Uhr pünktlich! im K.J.V., Bayerstraße 67/69, Rückgeb. I. Stock.
Vortrag von Herrn Lichtenauer: Unsere Gemeindepolitik. Nachher gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen.

Jüdischer Jugendverein München. Montag, den 19. Dezember 1921 abends 7.30 Uhr findet im Museumssaal Promenadestraße ein Vortrag von Dr. Alfred Apfel-Berlin über das Thema: „Was geht in der jüdischen Jugend vor?" statt. Dr. Apfel wird im Rahmen seines Vortrages zum Palästina-Problem und zur Keren Hajessod-Aktion Stellung nehmen. Wir wollen allen Kreisen Gelegenheit geben, sich über diese Fragen zu unterrichten und erwarten die rege Beteiligung, vor allem der Jugend der verschiedenen Richtungen.

Die Vorbereitungen für unser 10. Stiftungsfest Dienstag, 13. Dezember 7.30 Uhr im Bayerischen Hof sind in vollem Gange. Wir ersuchen alle Mitglieder, die dem Verein seit Gründung angehören, dies telefonisch Masur Tel. 53878 oder Orljansky Tel. 54561 sofort mitzuteilen. Alle Freunde bitten wir, unser Buffet durch reichliche Spenden in den Stand zu setzen, allen Anforderungen zu genügen. Der Vorstand der Jüdischen Weltturnerschaft Heinrich Kuhn, Berlin, hat sein Erscheinen zum Fest zugesagt und wird die Festrede halten.

Jüd. Turn- und Sport-Verein „Bar Kochba", München. Infolge des überaus zahlreichen Besuches der Turnabende der Damenabteilung hat sich die technische Leitung des Vereins veranlaßt gesehen, für diese Abteilung den Montag Abend hinzuzunehmen. Die Damen-Abteilung turnt jetzt jeden Montag und Donnerstag von 7.30—9 Uhr in der Halle der Schwind-Schule. Der Turnabend der Herren ist in die dazu besser geeignete Halle des Turnvereins Sendling verlegt worden. Jeden Mittwoch von 8—10 Uhr übt dort die Herren-Abteilung mit der Sportabteilung zusammen. Gäste sind jederzeit willkommen.

Turnplan: Halle in der Schwind-Schule, Schellingstraße. Damen-Abteilung: Montag und Donnerstag von 7.30—9 Uhr, Mädchen-Abteilung: Donnerstag von 6—7.30 Uhr. — Halle des T.-V. Sendling, Plinganserstraße 84: Herren-Abteilung: Mittwoch von 8—10 Uhr. — Halle im neuen Realgymnasium, Klenzestraße: Zöglinge von 6 bis 8 Uhr.

Sportplan. Halle des Turnvereins Sendling, Plinganserstraße 84. Sämtliche Abteilungen: Mittwoch 7.30—10 Uhr Hallentraining. Sämtliche Abteilungen: Donnerstag ab 8 Uhr Waldlauf. Start ab Halle Sendling.

Blau-Weiß München: 3. Zug, Samstag, 10. Dez. Zugsversammlung bei L. Heß, Rosental 10. Alle kommen! Sonntag Treffpunkt 8.30 Uhr Ostfriedhof (Billet nach Grünwald). Reis, Holz.

Spendenausweis

Münchner Spendenausweis.

Nationalfonds: L. Buchaster und Frau grat. zur Vermähung Tuchmann-Tuchmann 5.—, Fam. E. Gutter desgl. 5.—, Fam. David Horn desgleichen 5.—, Fam. Margulies desgl. 20.—, Fam. Scheinmann desgl. 20.—.

Münchner Ölbaum-Hain: Oskar Wainschel und Frau zum 1. Geburtstag ihres Töchterchens 1 B. 25.—.

Gold. Buch Hanna u. Jula Motulsky: Irma Basch dankt Heini Lamm für Billet 20.—.

Gesamtausschuß der Ostjuden: Frau Blumenfeld anl. d. Hinscheidens ihrer teuren Mutter, z. 2. Jahrz. ihrer unvergeßlichen Nichte Eva, z. 8. Jahrzeit ihres Vaters und Bruders 20.—, Aß-Minikes anl. Vergleich 100.—. Zur Vermählung Tuchmann-Tuchmann grat. herzl. Fam. N. Sturm 30.—, H. Strumpf 10.—, B. Altmann 10.—, Fam. Schenirer 10.—.

Spenden können eingezahlt werden auf Konto: Karola Silber, München Nr. 10121.

Stuttgarter Spendenausweis.

B. Freundl und Frau Anna Garten: Ges. bei Barmizwahfeier Os. Pariser 6 B. auf d. Namen 150.—.

Jsak Pariser u. Fr. Selma-Garten: Thoraspende bei Barmizwah Os. Pariser D. Horn-München 20.—, Ch. Fußmann 10.—, D. Awergon 50.—, Fam. M. Pariser 60.—, S. Friedrich 10.—.

Nationalfonds: Thoraspende B. Weißberg 8.—, J. Meißner 5.—, A. Nußbaum 5.—, L. Mandellaub 45.—, El. Schlüsselberg 10.—, M. Fendel 5.—, L. Lazar 10.—, S. Finkstein 20.—, H. Winogrod 5.—, B. Kaiser 10.—, M. Katz-Eßlingen 20.—, Schattenfeld 20.—, M. Rimpel 5.—, M. Teuchsler 10.—, M. Nowytarger 35.—, S. Preßburger 50.—, Fr. Horowitz gew. Wette g. J. Friedmann 10.—,

N.-J.-Ablösung (Rest): G. Speyer-Berlin 100.—, J. Goldberg 20.—, N. Schiftau 20.—, Js. Einstein 10.—, S. Rothschild 25.—, N. Tauber 20.—, M. Ostertag 20.—, Sig. Kahn 10.—.

Büchsenleerung: Durch Horowitz Pariser-Freundl: M. Pariser 37.50, M. Nowytarger 10.—, O. Pariser 2.—, L. Haimann 6.—, Frl. Dr. Nördlinger 75.—, D. Horowitz 20.—, Kramaruff 7.—, B. Kaiser 5.—, B. Salzberg 5.—, D. Bloch 27.—, A. Kulb 5.—, J. Rapp 30.—, B. Freundl 12.—, Feinberg 10.—, Berek 5.—, Richheimer 13.—, Weil 10.—.

Durch A. Katz: Kohen und Goldberg 12.—, A. Schächter 52.—, M. Jucher 10.—, Richter 4.40, N. Puder 2.—, A. Rimpel 5.—, G. Katz 21.—, Schäfer 12.85, A. Markus 15.—, Becker 6.—, Rappaport 5.—, Sarajowski 1.35, Weinberg 2.—, Schönberg 12.—, Schauer 10.—, Pommeranz 5.—, D. Awergon 5.—, Ehrlich 10.—, Teuchsler 16.—, Gutfreund 6.—.

Durch Karschinierow: Behrensohn 2.—, Perepilitzki 5.50, Zimbolist 10.50, Golperin 9.—, A. Wichler 5.—, Schadchin 10.—, Ehrlich 4.15, Js. Katz 10.—, Fr. Weißberg 5.—, Fendel 5.—, Barsam 5.60, Weitzner 10.50, Weizenbüt 5.—, Fischer 2.60, B. Weißberg 5.50, Grünfeld 5.—, Weinstein 4.—, Chasin 3.50, Manussow 5.05, Haspel 5.55, Kaufmann 30.—, Karschinierow 10.—.

Durch Osw. Pariser: M. Rothschild 10.—, M. Gottlieb 29.—, Sternberg 60.—.

Durch Friedrich u. Gottlieb: N. Kellermann 7.—, S. Simon 21.—, Rübenfeld 6.15, Ostrolenk 18.—, Aufrichtig 10.—, Jellinek 9.05, Lazar 12.—, Rothenberg 3.35, E. Preuß 10.55, Januar 4.—, S. Laub 32.35, Finkstein 5.—, N. Schlüsselberg 12.30, Fr. Friedrich 5.—, M. Rimpel 5.—, Os. Weinschel 62.—, J. Gottlieb 7.—, Fr. Warscher 1.85, Fr. Nußbaum 10.55, Fr. Buchsbaum 45.—, J. Feuerlicht 10.20, Dobin 3.—, B. Schreiber 22.—, Fechenbach 45.—, Pariser und Katz 10.—, Ch. Fußmann 10.—, J. Wichler 5.—, S. Friedrich 22.—, Plawner-Cannstatt 65.35, Horowitz-Cannstatt 14.40, zusammen Mk. 2041.65.

KARL GLASER
EDITH GLASER
geb. Blaß
Vermählte

danken für die ihnen erwiesenen Aufmerksamkeiten

Zur Vermählung
TUCHMANN-TUCHMANN
und nachträglich zur Verlobung
SCHÖNMANN-TEIG
gratuliert herzlich
MORITZ und Frau REGINA KOHN

Ihre Verlobung geben bekannt
ELISABETH MAHLER
Dr. med. ROBERT KATZ
MÜNCHEN HANNOVER
z. Zt. Hannover, Schlägerstrasse 56

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, Münchnn.